



Ex-Schwerverbrecher Walter H. (66) muss wieder vor Gericht

Saarbrücken. Dem früheren Gewaltverbrecher Walter H. droht erneut eine Gefängnisstrafe. Am morgigen Donnerstag muss sich der mehrfach vorbestrafte Saarländer vor dem Amtsgericht Saarbrücken verantworten. Der 66-Jährige soll gegen mehrere Weisungen der Justiz verstoßen haben, die seinen Lebenswandel in Freiheit betreffen.

Der Angeklagte hatte in den 60er, 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter dem Einfluss von Alkohol mehrere schwere Gewalttaten mit sexuellem Bezug verübt. Im Alter von 20 Jahren hatte er eine 16-Jährige vergewaltigt und erwürgt. Nach seiner Haftentlassung hatte er 1979 eine fremde Frau bedrängt und gewürgt. Er musste erneut ins Gefängnis. Danach griff H. zwei weitere Frauen an. Eine davon zerrte er in den Wald, um sie zum Sex zu zwingen.

Anschließend saß der Saarländer seit 1992 nahezu ununterbrochen im Gefängnis oder in der forensischen Psychiatrie für gefährliche Straftäter. Im August 2013 kam er unter strengen Auflagen auf freien Fuß. Zuvor war ein Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass von H. keine akute Gefahr schwerster Delikte mehr ausgehe. Der in jüngeren Jahren problematische Sexualtrieb sei im Alter nicht mehr so dominant. H. sei ruhiger geworden. Der Betroffene benötige aber strenge Vorgaben und Rahmenbedingungen. Insbesondere müsse ein striktes Alkoholverbot beachtet werden. Denn unter dem Einfluss von Alkohol bestehe das Risiko, dass H. nach und nach die Kontrolle verliere.

Gegen einige der Vorgaben soll der Angeklagte nun verstoßen haben. Er hat angeblich Alkohol getrunken, sein Handy ausgeschaltet und ein Bordell besucht. Von diesem Besuch soll er seinem Bewährungshelfer erzählt haben. Darauf seien Zeit und Ort über die elektronische Fußfessel von H. ausfindig gemacht worden.

Der 66-jährige H. lebt derzeit in einer betreuten Wohngruppe. Nach Aussage seines Verteidigers Michael Rehberger macht er sich dort sehr gut. Nicht eine der zahlreichen Kontrollen auf Alkohol sei positiv gewesen. Der 66-Jährige habe sich eingelebt und halte sich an die Regeln. Für ihn sei es deshalb eine schlimme Situation, wieder vor Gericht zu müssen. *wi*



Zehntausende Wolfsbarsche in der Meeresfischzuchtanlage in Völklingen müssen getötet werden. FOTO: HOLLEMANN/DPA

50 000 Fische werden getötet

In Völklinger Zuchtanlage sind Wolfsbarsche in einem Becken von Parasiten befallen

In der Meeresfischzuchtanlage Völklingen müssen 30 Tonnen Wolfsbarsche, die von einem Parasiten befallen sind, getötet werden. Experten des Landesamtes für Verbraucherschutz sind eingeschaltet.

Von SZ-Redakteur
Michael Jungmann

Völklingen. Die Serie von Pleiten, Pech und Pannen rund um die umstrittene Meeresfischzuchtanlage in Völklingen geht weiter. Anwalt Udo Gröner, der die Stadtwerke-Holding als Noch-Eigentümerin der Anlage vertritt, und Johannes Weber von der beauftragten Beratungsfirma FMC (Bremen) bestätigten gestern Informationen unserer Zeitung, wonach 30 Tonnen Wolfsbarsche aus dem Zuchtbecken vier getötet werden müssen. Es handelt sich demnach um etwa 50 000 Fische mit einem Durchschnittsgewicht von 600 Gramm, die alle von Parasiten

befallen sind. Weber: „Das ist wirklich ärgerlich. Wir sind vom Pech verfolgt.“ Der Bestand eines ganzen Beckens sei betroffen, die Tiere müssten getötet und dann vernichtet werden. Am Dienstag lief die Aktion an. Eigens eingestellte Leiharbeiter trieben die Wolfsbarsche unterschiedlicher Gewichtsklassen mit Netzen zusammen, fischten sie ab. Dann wurden sie mit Strom betäubt und tierschutzgerecht in Eiswasser getötet. Ein Spezialunternehmen ist mit der Entsorgung der Kadaver beauftragt.

Das Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) beobachtet und kontrolliert die Aktion, die voraussichtlich bis Freitag abgeschlossen sein soll. Dies bestätigte Sabine Schorr, Sprecherin des Umweltministeriums, auf Anfrage. Eine Tierseuche könne mit größter Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Untersuchungen durch einen eingeschalteten Fachtierarzt hätten ergeben,

dass die Wolfsbarsche aus diesem Becken mit dem Kiemenwurm befallen sind. Wegen der Schwächung durch den Parasiten sei es zudem „zur Sekundärinfektion mit Begleitkeimen“ gekommen.

Bereits Ende Mai zeigten sich, so SZ-Informationen, erste Anzeichen der Erkrankung. Immer mehr Fische hatten Veränderungen im Kiemenbereich. Behandlungsversuche mit Reduzierung des Salzgehaltes und Zugabe von Essigsäure ins Wasser scheiterten. Am letzten Wochenende verendeten zahlreiche Barsche.

Gröner und Weber sagten, einer der vier Wasserkreisläufe der Anlage werde stillgelegt. Der Parasit sei für Menschen unschädlich. Die Fische in den übrigen drei Becken seien nicht befallen. Hier handelt es sich um weitere 40 Tonnen Wolfsbarsch, etwa 50 Tonnen Kingfish (Gelbschwanzmakrele) und 60 Tonnen Doraden.

Der erkrankte Fischbestand

sei teilweise überaltert, konnte sich deshalb nicht mehr gegen die Parasiten behaupten, meinten Gröner und Weber. Beide gehen auch davon aus, dass die Tiere, die als Setzlinge in Frankreich gekauft wurden, bereits befallen waren, als sie nach Völklingen kamen.

Die Meeresfischzuchtanlage hat die in Turbulenzen geratenen Völklinger Stadtwerke mindestens 20 Millionen Euro gekostet. Sie wurde kürzlich für 1,9 Millionen Euro an eine Schweizer Investorengruppe verkauft. Von dem Preis wird ein bereits früher gewährtes Darlehen über 1,5 Millionen Euro abgezogen. Der Resterlös wird jetzt um weitere 100 000 Euro geschmälert, weil der Bestand an Wolfsbarschen ebenfalls an den neuen Eigentümer übergehen sollte. Die Übergabe der Anlage ist für den 6. August terminiert. Bis dahin liegt das Risiko beim Verkäufer. Die Kosten für die Entsorgung werden auf 20 000 Euro geschätzt.

Eine Straße und eine Brücke, die niemand braucht

Welche Ausgaben der saarländische Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2014 rügt

Der Rechnungshof hat auch für das Jahr 2014 unnütze Ausgaben und weitere finanzielle Ungeheimheiten zusammengetragen. In der Liste finden sich zum Beispiel Straßen und Brücken, die aus Sicht der Prüfer unnötig sind.

Von SZ-Redakteur
Daniel Kirch

Saarbrücken. Es geht um eine noch nicht gebaute Verbindungsstraße und eine bereits fertige Eisenbahnbrücke, die angeblich niemand braucht – den Steuerzahler aber Millionen kosten. Beide Investitionen gehören zu einem großen Bauprojekt, über das Rechnungsprüfer den Kopf schütteln können. „Eine Brücke, die nur so da ist, wird nicht dadurch gerechtfertigt, dass man eine ebenfalls nicht erforderliche Straße unter ihr hindurchführt“, sagt Rechnungshof-Chef Klaus Schmitt.

Der Reihe nach: Durch die 1,7 Kilometer lange Straße soll, das ist zumindest der Plan, das grenzüberschreitende Gewerbegebiet „Eurozone“ in Forbach und Saarbrücken entstehen. Doch der Rechnungshof kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen den beiden

Teilflächen in Forbach und Saarbrücken gar kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang bestehe; keineswegs würden sie durch die Straße miteinander verbunden. Das räumt auch das Wirtschaftsministerium ein, ergänzte aber, die Erreichbarkeit werde erheblich verkürzt und die Wegstrecke „attraktiver“.

Der Rechnungshof stellt auch die für 2030 ermittelte Verkehrsbelastung infrage: Statt 24 400 Fahrzeuge pro Tag sei nur mit 5400 zu rechnen. Und aus den 2003 ermittelten Kosten von 3,5 Millionen Euro seien inzwischen 7,8 Millionen geworden. „Es ist zu befürchten, dass die Maßnahme letztlich zulasten anderer, dringend notwendiger Straßenbaumaßnahmen im Saarland gehen würde“, sagte Schmitt. Was er damit meint, ist: Baut diese Straße bloß nicht!

Jetzt kommt die Eisenbahnbrücke ins Spiel. Früher gab es an der Stelle im Deutschmühlental einen Bahndamm, aber wegen der Verbindungsstraße musste eine Brücke her. Der Bau der Brücke wurde auf 2007 vorgezogen, das Land gab 3,6 Millionen Euro. Die Begründung für das Vorziehen des



Über diese Eisenbahnbrücke schütteln die Prüfer im Rechnungshof nur den Kopf: Sie überbrückt überhaupt keine Straße. FOTO: BECKER&BREDER

Brückenbaus war, dass die ICE- und TGV-Züge auf der 2007 gestarteten Strecke Saarbrücken-Paris die Stelle schneller passieren können. Der Rechnungshof hält dagegen: Aufgrund der fehlenden Verbindungsstraße habe die Brücke „aus straßenbaulicher Sicht bis heute keinerlei Funktion“. Das Ministerium gab an, es sei damals nicht abzusehen gewesen, dass die Umsetzung des Ge-

samtprojekts so lange dauert.

Wie akribisch die Prüfer zuweilen zu Werke gehen, zeigt ein Fall aus dem Innenministerium. Dort fand der Rechnungshof heraus, dass für den Dienstwagen des damaligen Staatssekretärs Georg Jungmann (CDU), gemessen an der getankten Kraftstoffmenge, viel zu wenige Kilometer in den Fahrtenbüchern eingetragen waren. Die Prüfer klagten, die Fahr-

tenbücher seien wegen der vielen Fehler unbrauchbar. Sie fragten sich, ob die Tankkarte des Dienstwagens vielleicht zweckentfremdet worden sein könnte. Die Aufklärung lieferte Jungmann gestern auf SZ-Anfrage: Als sein Dienstwagen in der Werkstatt war, habe der Fahrer mit der Tankkarte des Dienstwagens den Ersatzwagen betankt, die im Ersatzwagen zurückgelegten Kilometer aber nicht im Fahrtenbuch notiert. Der Mitarbeiter wurde schriftlich abgemahnt. Jungmann sagte, die interne Kontrolle sei verschärft worden.

Moniert wird vom Rechnungshof auch eine 183 260 Euro teure Organisations-Untersuchung im Innenministerium, ohne dass dafür zunächst eine Untersuchung mit eigenen Mitarbeitern in Betracht gezogen wurde. Eine Rolle spielen im Jahresbericht auch – wie bereits mehrfach berichtet – die aus Sicht des Rechnungshofs überzogene Vergütung von Weltkulturerbe-Chef Meinrad Maria Grewenig, Ungereimtheiten bei der Besucher-Zählung in der Völklinger Hütte sowie luxuriöse Reisen im Zusammenhang mit der Außenwirtschaftsförderung.

SCHNELLE SZ

Achtung, auf diesen Strecken wird geblitzt

Saarbrücken. Die Polizei im Saarland hat für heute folgende Radarkontrollen angekündigt: in St. Wendel, auf der L 377 im Bereich Rissenthal, auf der A 62 zwischen dem Dreieck Nonnweiler und der Grenze zu Rheinland-Pfalz sowie auf der A 620 zwischen den Dreiecken Saarlouis und Saarbrücken. *red*

Massenschlägerei mit 20 Jugendlichen

Saarbrücken. 20 Jugendliche haben sich am Montagabend eine Massenschlägerei in Saarbrücken-Malstatt geliefert. Wie die Polizei gestern mitteilte, gingen zwei Männergruppen am Pariser Platz aufeinander los. Als die von Zeugen informierten Beamten eintrafen, seien jedoch nur noch fünf Jugendliche vor Ort gewesen, drei von ihnen leicht verletzt. Die Jugendlichen hätten sich geprügelt, weil die eine Gruppe einem Mann aus der anderen Gruppe ein sexuelles Vergehen an einer jungen Frau vorwarf. Die beiden Gruppen sollen sich zur „Klärung“ des Streits am Pariser Platz verabredet haben. Einige der Jugendlichen hätten Messer und Schusswaffen bei sich gehabt, sie aber bei der Schlägerei nicht benutzt. Ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruch und Verstoßes gegen das Waffengesetz sei eingeleitet, hieß es. Die Polizei ermittle auch wegen des angeblichen sexuellen Vergehens. *red*

Bahn richtet Video-Reisezentren ein

St. Ingbert. In den kommenden Monaten will die Deutsche Bahn ein Video-Reisezentrum im Bahnhof St. Ingbert einrichten. Am Bahnhof sollen sich dann Fahrgäste in Kabinen über Bildschirm, Mikrofon, Kamera und Lautsprecher mit einem Bahnmitarbeiter in Saarbrücken verbinden lassen können, Fahrkarten kaufen und Reise-Informationen bekommen, wie das Unternehmen jetzt mitteilte. Das System wurde bereits in den Bahnhöfen von Saarburg und Schweich eingeführt. *dpa*

25-Jährige starb an Drogenvergiftung

Saarbrücken. Eine 25-Jährige aus dem Landkreis Saarlouis ist das elfte saarländische Drogenopfer des Jahres 2015, wie die Polizei gestern mitteilte. Bereits am Dienstag vergangene Woche hatte sich die Frau demnach in ärztliche Behandlung begeben und war noch am selben Tag in einem Saarbrücker Krankenhaus gestorben. Eine Obduktion ergab als Todesursache eine Drogenvergiftung in Verbindung mit einer Vorerkrankung. *red*

Produktion dieser Seite:

Nora Ernst
Dietmar Klostermann

Landespolitik/Region

Telefon: (06 81) 5 02 20 41
Fax: (06 81) 5 02 22 19
E-Mail: politik@sz-sb.de

Team Landespolitik/Region:

Oliver Schwambach (oli, Leiter),
Dr. Daniel Kirch (kir, stellv. Leiter),
Dietmar Klostermann (dik, stellv. Leiter),
Nora Ernst (noe), Ute Klockner (ukl),
Christine Kloth (ko), Johannes Schleuning (jos)